

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Volksehrwürdigen Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis:** mit illustrierter Beilage, Post und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark. Für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postkontos Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon 72208** — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — **Telefon 72208**

**Inseratenpreise:** Die 10 Geleit, Kolonelle 35 Pf., bei Vorkauf 40 Pf.  
**Stellenangebote 10 Geleit, Kolonelle 25 Pf.** Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Geleit, Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamsätze 2 Rk. Inserate v. a. u. m.: die 10 Geleit, Kolonelle 40 Pf. bei Vorkauf 50 Pf., Reklamsätze 2.25 Rk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Kioskschäfte und alle Postanstalten entgegen

# Ein Rücktrittsgesuch Dr. Geylers

## Wird der Rheobuskranke gehen?

**SPD.** Der Reichswehrminister Dr. Geyler hat dem Reichspräsidenten mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand vor wenigen Tagen sein Rücktrittsgesuch überreicht.

Diese Nachricht ging uns bereits am Donnerstag zu. Aber wie unsere amtlichen Stellen nichtangenehme Dinge nie ohne weiteres zugeben, bis es einfach nicht mehr anders geht, so wurde auf unsere Anfrage auch die Richtigkeit dieser Meldung bestritten. Die Reichspressestelle hatte selbst am Freitagmittag, nach seinem Punkt von dem Gesand; jedenfalls zeigte man dort auf Anfragen die kalte Schulter. So gelangte die Meldung schließlich als Gerücht in die Öffentlichkeit, ohne bisher amtlich bestätigt zu werden.

## Der Reichspräsident sondiert

**SPD.** Der Reichspräsident empfing am Donnerstag den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Scholz, zu einer kürzeren Besprechung. Die Unterredung stand im Zusammenhang mit dem Rücktrittsgesuch des Reichswehrministers Dr. Geyler. Wichtig ist auch, daß die Volkspartei beabsichtigt, nach Möglichkeit den Nachfolger für Dr. Geyler zu stellen. Von maßgebenden Kreisen des Zentrums wird jedoch — wie uns versichert wird — ein Wehrminister aus der Reihe der Volkspartei abgesehen. Dagegen sieht man hier für den Fall, daß eine Neubildung des Wehrministeriums schon jetzt in Frage kommt, die Kandidatur des Generals Geyler für nicht ausgeschlossen.

Der Reichswehrminister Herr Dr. Geyler, gehörte bisher zu dem eisenen Bestand aller deutschen Regierungen. Er wurde im Jahre 1919 als Aufbauminister in das Kabinett berufen. Nach dem Rücktritt Krosas übernahm er das Wehrministerium und seitdem hat er sich dreimal über den Wechsel der Regierungen hinwegzusetzen vermocht. Herr Dr. Geyler war der ausserordentliche Beschäftigte des gesamten deutschen Bürgertums; und es ist vielleicht mehr als ein Zeichen der Zeit, daß der Reichsarbeitsminister, der Zentrumsmann Herr Dr. Brauns, zu den nächsten Stufen Dr. Geylers zählt.

In enger Arbeit hat Herr Dr. Geyler das neue herrliche Kriegsministerium der Republik aufgebaut. Er entspricht damit den intimsten Wünschen aller Großmachtspolitik, die sich auch in der Republik wieder reichlich dreht zu machen begonnen haben. Ohne ein großes Heer keine Weltmachtstellung, so geht ihr Ruf, woraus sich das Weitere ganz von selbst ergibt. Das sind auch die Ziele, die sich der Außenminister stellt. Und Herr Dr. Stresemann ist wahrhaftig kein Pazifist. Nichtsdestoweniger hat das Reichswehrministerium die Pläne Dr. Stresemanns reichlich oft durchkreuzt. Nicht daß sie im Ziele irgendwie auseinander gingen. Wohl aber in der Beurteilung der faktischen Mittel, die zur Konsolidierung des neuen deutschen Imperialismus führen sollen.

Freilich ist dabei festzustellen, daß Herr Dr. Geyler nicht selten der Gefangene gewisser Hintergedanken gewesen ist. Obwohl er als der eiserne Bestand der Regierungen in der Republik zu gelten hatte und infolgedessen auch als Fachminister anzusprechen ist, der sein Ressort zu beherrschen in der Lage war, ist wohl in seinem Ministerium eine so selbstherrliche Politik nachgeordneter Stellen gerrieben worden, wie im Bereiche Dr. Geylers. Der Reichswehrminister hat dann mit der Miene des Biedermanns alle diese An- und Zwischenfälle, die die militärischen Heißsporne veranlassen haben, rühmlich gedeckt. Zuweilen freilich ließ auch ihm die Galle über. Dies insbesondere, als der einigte Generalissimus, Herr von Seeckt, den Hohenollensprinzen allzu sehr begünstigt hatte. Damals flopte der militärische Leiter der Reichswehr über den Widerstand Dr. Geylers, aber an den geheimnisvollen Treibern im Reichswehrministerium ist auch damit keine grundsätzliche Veränderung vorgenommen worden. Das mag den „Gesundheitszustand“ Dr. Geylers nicht eben vorstellbar beeinträchtigen haben, obwohl zugegeben ist, daß Dr. Geyler, rein persönlich, von Schicksalsschlägen nicht verschont worden ist. Er verlor im Verlauf weniger Jahre die beiden Söhne, den Schwager und die Eltern. Nichtsdestoweniger hat er weder durchgehalten. Darum kommt die Motivierung für seinen Rücktritt gerade in diesen Tagen, wo im Haushalt aus dem Reichstages der Etat Dr. Geylers mit seinen unendlich vielen dunklen Ziffern beraten werden soll, auffällig überraschend. Daraus folgt zweifellos, daß die von ihm angegebenen Gründe nicht entscheidend gewesen sein dürften.

Zweifellos haben die letzten Affären, wir erinnern an die Rheobus-Affäre und den Fall Kolbe, auf den Gesundheitszustand Dr. Geylers maßgeblich eingewirkt. Auch im Falle der Rheobus-Affäre haben ihm zweifellos Mitglieder seines Ministeriums Eier ins Nest gelegt, die bei den kommenden Reichstagsdebatten noch nicht geringer Bedeutung sein dürften. Im An- gesicht dessen ist die Benennung seines Nachfolgers eine besonders heikle Angelegenheit. Nicht nur im parteipolitischen Sinne, sondern auch in rein militärischer Art.

Wie mitgeteilt wird, hat man der Volkspartei bei der Bildung des Bürgerblocks gewisse Ansprüche auf den Posten des Wehr- ministeriums zugesagt. Dem scheint das Zentrum zu widersprechen. Es fürchtet anscheinend die Kritik seiner Wähler. In Zentrums- kreisen wurde daher ihr Sachmann für Reichswehrfragen, Herr Geyler, als Nachfolger Dr. Geylers in den Vordergrund gestellt. Geyler, dürfte, sofern er überhaupt für diesen Posten in Frage kommt, binnen kurzem die Rolle Dr. Geylers zu spielen haben. Darum schwebt dieser Vorschlag wohl im vorhinein aus. Anders ist es mit dem Vorschlag der Volkspartei, Herrn Dr. Scholz. Ins- besondere aber dürfte der Admiral Brüninghaus als An- wärter in erster Linie in Frage kommen. Brüninghaus ist der be-

kannte Sachmann in der Erörterung über die Marinerevolution. Durch die Auseinandersetzungen mit dem Genossen Dittmann ist er der breitesten Öffentlichkeit hinlänglich bekannt geworden. Brü- ninghaus ist ein in der Schule Wilhelms aufgewachsener Militär. Er dürfte sich im Wehrministerium wieder ganz in seinem Element befinden. Damit würden auch die letzten Hemmungen für die Rückstrategen hinweggeräumt, die bei Dr. Geyler wenigstens noch zeitweise in Erscheinung traten. Der Admiral Brüninghaus ist mit den Arbeitmethoden des Reichswehrministeriums so intim vertraut, daß er ohne weiteres die Vertretung des Wehrrats im Parlament übernehmen könnte.

In der Kreuzzeitung und auch von anderen Stellen wird die Frage aufgeworfen, gegenwärtig seine endgültige Befehung des Wehrministeriums herbeizuführen. Man sollte, so wird gesagt, bis nach den Wahlen einem der jetzt amtierenden Minister die Ver- tretung des Reichswehrministeriums übertragen. Dafür werden Dr. Marx und Dr. Curtius genannt. Sie dürften beide nicht in Frage kommen. Jedenfalls würde es ein Schauspiel für Götter werden, wenn Herr Dr. Marx, der fuge Kanjler, die Wehrminis- terium des Wehrministeriums in der breitesten Öffentlichkeit verschleiern sollte.

Wie sich auch die Dinge gestalten mögen, Herr Dr. Geyler steht in der Geschichte fort. Er hat die Wehrkraft des deutschen Bürgertums neu begründet. Seine Hintermänner haben keine Mittel unversucht gelassen, um die Fesseln des Verfalls der Wehrkraft zu durchbrechen. Der Reichswehrminister hat für alles das die Verantwortung übernommen. Sein Charakterbild schwankt darum nicht mehr in der Geschichte. Und wenn bereits die histo- rische Bedeutung der imperialistischen Epoche in der deutschen Re- publik beschreiben werden, dann wird vor der Tüchlein die Posi- tion Dr. Geylers, bekämpft mit Eisen und Schwert, zu finden sein.

Das Organ des deutschen nationalen Parteiführers Graf Westarp, die Kreuzzeitung, plädiert heute gegen eine vertretungswerte Befehung des Reichswehrministeriums, da „Neuwahlen zum Reich- tag voraussichtlich erst nach Ablauf der Legislaturperiode statt- finden“. Das heißt also, daß nach den deutschen nationalen Wünschen erst im Januar oder gar den ersten Sonntag im Februar gewählt werden soll. So groß ist ihre Angst vor dem Urteil des Volkes, aber schließlich ist noch nicht aller Tage Abend.

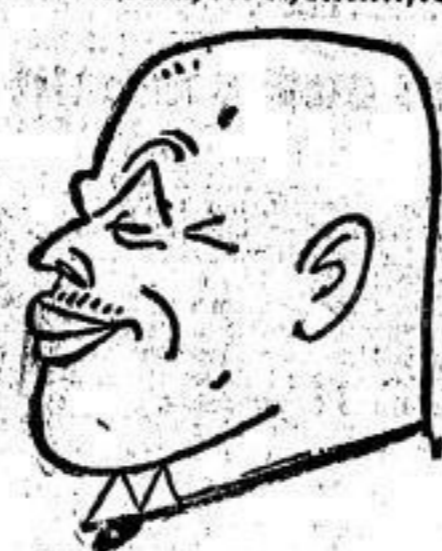
## Die Reparationschwindelen

11. Berlin, 13. Januar.

Wie die TU erfährt, hat die enge Fühlungnahme zwischen den deutschen und französischen Behörden in der Angelegenheit der Unregelmäßigkeiten bei den Reparationslieferungen nun dazu ge- führt, daß die eingehende Sichtung des bei dem Pariser Unter- suchungsgericht vorliegenden Materials beschleunigt durchgeführt werden kann. Wenn auch über die Bedeutung des dem Gericht vorliegenden umfangreichen Materials noch nicht abschließend ge- urteilt werden kann, so wird doch damit gerechnet werden müssen, daß eine Anzahl Einzelfragen zwecks beschleunigter Erledigung der ganzen Angelegenheit anhängig gemacht werden. Die beiden Firmen, um die es sich in der Hauptsache auf deutscher Seite han- delt, sind die Para-Import und Exportgesellschaft m. b. H., Berlin, bei der als Verantwortlicher Direktor Goltzschmidt genannt wird, und die Minerva-Gesell- schaft m. b. H., Düsseldorf, die ihrerseits eine Tochtergesell- schaft des Rheinlandkongerens ist. Als verantwortlich wird bei der Düsseldorf Gesellschaft Kommerzienrat Falk ge- nannt. Sein Schwiegerjohn, Georg Kobl, ist Vertreter der Minerva-Gesellschaft in Paris.

In Zusammenhang mit dem aufgedeckten Reparationschwindel sind am Donnerstag und Freitag in Posen — wie uns von dort gemeldet wird — mehrere Personen verhaftet worden. Von ihnen steht zweifellos fest, daß sie an den Betrügereien in erheblichem Maße beteiligt sind. Die Namen der in Haft genommenen Per- sonen werden vorläufig noch geheim gehalten.

## Der Reichswehrminister



(L'Éco nouvelle)

## Soll- und Kartellwucher Das Preisdiktat der Eisenherren

Die Rohstahlgemeinschaft, der U-Produktverband und der Stabeisenverband haben am 12. Januar trotz des Protestes aus der ihnen nahestehenden Presse eine Preiserhöhung beschlossen. Für Formeisen und Stabeisen wurde der Preis um 3 Mark pro Tonne erhöht und außerdem wurden Nebenab- schläge diktiert. Dieser Beschluß war das Signal für die zahl- reiche Meute der übrigen deutschen Eisenartelle, ihre Preise ebenfalls zu „revidieren“. Weitere Beschlüsse auf Preiserhöhung liegen teils bereits vor, teils sind sie in den nächsten Tagen zu erwarten. Die Preiserhöhung der Hauptverbände zieht also Preiserhöhungen für sämtliche anderen Eisenmaterialien a tempo nach sich.

Welche Bedeutung diese Preiserhöhungen haben, darüber gehen die Meinungen selbst der Fachleute noch auseinander. Die Eisenindustriellen haben natürlich alles Interesse daran, die Bedeutung ihrer Beschlüsse möglichst zu verringern. Aus ihren Kreisen kommt eine „Information“ der Kölnischen Zeitung, daß die Mehrbelastung des Inlandes nur etwa ein Prozent ausmachen werde. Das Berliner Tageblatt spricht von einer Erhöhung um durchschnittlich 3,25 Prozent. Wesentlich höher schätzt aber die halbamtliche Industrie- und Handels- zeitung die Bedeutung der Eisenpreiserhöhungen ein. Sie ver- sichert in ihrer Sonnabendausgabe, daß die Mehrbelastung etwa 5,15 Prozent betrage.

So verschieden die Auswirkungen der Eisenmaterialver- teuerung beurteilt werden, so verschieden stellt sich auch die Beurteilung der Begründung für die Preiserhöhungen dar. In erster Linie haben die Eisenwerke darauf hingewiesen, daß sie seit Jahren ihre Preise stabil gehalten haben, daß infolgedessen für sie die Hochkonjunktur keine finanziellen Erfolge brachte. Die deutschen Eisenherren legen also Wert darauf, als bescheiden und zu erscheinen. In Wirklichkeit ist aber so unge- fähr jedes Wort, das von den kapitalistischen Interessenten der eisenhaltenden Industrie gesprochen wird, auf Täuschung be- rechnet.

Der Konjunkturaufstieg in der deutschen Eisenindustrie hat seit dem Tiefstand im Jahre 1926 etwa zu einer Verdopp- lung der Produktion geführt. Der Tiefstand lag im Februar 1926 und wird durch eine Rohstahlfabrikation von 631 000 Tonnen bezeichnet. Der bisherige Höchststand lag im Monat Dezember 1927 für den jetzt eine Produktionsziffer für Rohstahlfabrikation von 1 150 000 Tonnen mitgeteilt wird. Während dieser vollkommenen Konjunkturveränderung haben die deut- schen Eisenindustriellen nicht nötig gehabt, in stärkerem Maße die ausländischen Märkte aufzusuchen. Das wird besonders klar durch die Statistik des Stabeisenmarktes. (Stabeisen ist das „Normalprodukt“ der Eisenindustrie.) Die Erzeugung von Stabeisen konnte in Deutschland von 158 000 Tonnen im Februar 1926 auf 310 000 Tonnen im November 1927 gesteigert werden. (Die Dezemberzahlen liegen noch nicht vor, dürften aber die Novemberzahlen um etwa 5 Prozent übersteigen.) In derselben Zeit erfuhr die Stabeisenausfuhr eine Verminderung von 63 000 auf 59 000 Tonnen, d. h. von 40 auf 17 Prozent der Produktion. Ebenfalls in der gleichen Zeit stieg die Stabeisen- einfuhr Deutschlands von 11 000 auf 62 000 Tonnen, und der Inlandsverbrauch erfuhr also eine Steigerung von 106 000 auf 314 000 Tonnen. Diesen Tatbestand pflegt man mit dem Begriff „Inlandskonjunktur“ zu bezeichnen.

Die Verdrängung der Produktion der deutschen Eisen- industrie bedeutete für diese den Uebergang von einer nur teil- weisen zur fast restlosen Ausnutzung der Produktionsanlagen. Dieser Uebergang vollzog sich bereits im Verlaufe der letzten Monate des Jahres 1926. Seit Oktober 1926 schwankt z. B. die Monatserzeugung an Rohstahlfabrikation nur noch zwischen 935 000 und 1 150 000 Tonnen. Der Zustand der Vollbeschäftigung dauert also schon mehr als ein Jahr. Was er für die „Rentabilität“ bedeutet, ist so oft dargelegt worden, daß es nicht verlohnt, noch einmal darauf einzugehen. Der Tatbestand einer spezifi- schen Inlandskonjunktur enthält aber finanzielle Auswirkungen, über die in diesem Zusammenhang Klarheit geschaffen werden muß, weil von ihnen selten die Rede ist.

Daß die Preise für Eisenmaterialien in Deutschland und im Ausland eine ganz verschiedene Höhe haben, ist allgemein bekannt. Weniger bekannt ist dagegen, in welcher Höhe die Inlandspreise über den Auslandspreisen liegen. Der Unter- schied kommt etwa in den Rückergütungen zum Ausdruck, die die deutsche eisenhaltende Industrie an die eisenverarbeitende Industrie für deren Ausfuhranteil am Eisenverbrauch zu zahlen sich in dem bekannten Abkommen von 1926 ver- pflichtet hat. Wir geben diese Zahlen hier anschließend zusam- men mit den Zollsätzen. (Zahlen in Mark pro Tonne.)

	Rückergütung	Eisenzoll
Rohstahle und Brammen	24	10
Röhren	26	15
Plattinen und Breitseisen	27	15
Eisenbahnoberbaumaterial:		
a) leichtes Material	40	25 u. 30
b) schweres Material	15	25 u. 30
Formeisen	35	25
Stabeisen und Kleinformeisen	35	25
Zandbeisen	37,50	25